

1948-07-14 Mittwoch

„Neue Zeit“

Stopp!

Auf der 11. Tagung des Parteivorstandes der SED sprach Herr Grotewohl überheblich von den „phantasievollen Vorstellungen der bürgerlichen Parteien“, dass wir Brücke zwischen Ost und West sein müssten und bezeichnete eine solche Kompromisslösung als Ausrichtung auf den Kapitalismus und als Einrichtung einer „gewöhnlichen bürgerlichen Republik“. Wenn der Redner etwa eine marxistische Republik als die „einzige Entwicklungsmöglichkeit der Ostzone“ andeutete (und seine Worte lassen kaum eine andere Deutung zu), dann müssen wir ein offenes „Stopp!“ entgegensetzen. Wenn wir wirklich alle die Einheit Deutschlands erstreben, was doch auch die SED von sich aus seit jeher betont hat, dann haben wir gerade im gegenwärtigen Augenblick für die Ostzone, die nur ein Teil Deutschlands ist, überhaupt nicht über eine Staatsform zu diskutieren.

Über die deutsche Staatsform wird man erst sprechen können, wenn wir wieder ein ganzes, geeintes Deutschland haben. Es ist heute bereits klar, dass es dann weder zu einer „bürgerlichen“ noch zu einer „marxistischen“, auch nicht zu einer „christlichen“, sondern zu einer demokratischen und sozialen Republik kommen wird, in der keine Weltanschauung allein diktiert und die anderen vergewaltigt, sondern alle in wirklicher Selbstbescheidung sich dem Ganzen einordnen müssen. Wir erinnern in diesem Zusammenhang gerade Herrn Grotewohl an seine Worte in der 1. Volksratsitzung am 18. März 1948: „das deutsche Volk, das 12 Jahre Diktatur erlebt hat, wird sich keine neue Diktatur mehr gefallen lassen, ganz gleich, von welcher Seite sie käme.“ Was aber derselbe Redner am 1. Juli in Berlin gesagt hat, droht für die Ostzone fertige Tatsachen an, die der Einheit Deutschlands ins Gesicht schlagen würde.

Wir Deutschen würden selbst unserer ersehnten Einheit den schlechtesten Dienst erweisen, wenn wir Fehler der einen Zone mit den gleichen Fehlern in einer anderen erwidern wollten.

Dem Vorschlag Grotewohls, uns eindeutig für den Osten zu orientieren, setzen wir nicht etwa den anderen entgegen, uns für den Westen zu entscheiden, sondern noch überzeugter als bisher die Forderung, dass wir allein für Deutschland zu optieren haben.

Politische Struktur und wirtschaftlicher Aufbau Gesamtdeutschlands müssen ein durchaus deutsches Gesicht tragen und sollen nicht summarisch Anleihe in Ost oder West sein. So baut die CDU trotz aller Kritik geduldig weiter an der Brücke zwischen Ost und West, nicht im Dämmerreich der Phantasie, sondern in nüchterner Erkenntnis der Tatsachen der Gegenwart und in wohlüberlegtem Ausblick in die Zukunft.